

Drohen bei Steuern und Sozialwerken Ausfälle

1:12-INITIATIVE Gewerbeverbandspräsident und SVP-Nationalrat Jean-François Rime befürchtet hohe Ertragsausfälle, wenn das Stimmvolk am 24. November Ja sagt zur 1:12-Initiative. SP-Nationalrat Cédric Wermuth hält diese Angst für stark übertrieben.

Herr Rime, wie viel Geld gehen dem Fiskus und den Sozialwerken verloren, wenn das Stimmvolk am 24. November Ja sagt zur 1:12-Initiative?

Jean-François Rime: Der Schweizerische Gewerbeverband hat eine Umfrage durchgeführt. Sieben Kantone – darunter Zürich – haben teilgenommen. Sie rechnen total mit Steuerausfällen in Höhe von 700 Millionen Franken. Bei einer Hochrechnung auf die ganze Schweiz müssen wir von mindestens einer Milliarde Franken ausgehen.

Und bei Sozialversicherungen?

Rime: Als Parlamentarier habe ich eine Anfrage an Gesundheitsminister Alain Berset gestellt und lange gewartet. Im Generalsekretariat von Alain Berset arbeiten viele Leute aus der SP.

Cédric Wermuth: Wahrscheinlich eine kommunistische Verschwörung.

Rime: Nein, aber eine linke Verschwörung. Sie wollten mir offensichtlich keine Antwort geben. Nach vielen Anrufen und Druckversuchen erhielt ich die Auskunft, dass es keine Schätzung gibt. Ich will nicht sagen, was ich danach mit Herrn Berset persönlich besprochen habe. Aber ich gehe davon aus, dass unsere Schätzung mit Ertragsausfällen in Höhe von mindestens 500 bis 600 Millionen Franken bei den Sozialwerken korrekt ist. Das muss irgendjemand finanzieren. Im schlimmsten Fall bleibt nichts anderes übrig, als Renten zu kürzen.

Wermuth: Es lohnt sich, die Studie zu lesen, welche der Gewerbeverband zu den Ertragsausfällen in Auftrag gegeben hat. Denn es ist unglaublich, mit welchen Lügen da operiert wird. Der Verband spricht von Ausfällen in Höhe von 4 Milliarden Franken. Da sagt sogar die HSG selber klar, das sei völlig unrealistisch. Es gibt zu dieser Frage eine neutrale Studie: Sie stammt von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich. Sie rechnet im schlimmsten Fall mit einem Minus von 0,5

Prozent. Das darf uns die Gerechtigkeit wert sein.

Rime: Ich habe nie von 4 Milliarden gesprochen. Nie.

Wermuth: In der Medienmitteilung des Schweizerischen Gewerbeverbands ist die Rede von 4 Milliarden Franken.

Rime: Ich habe immer von rund 1,6 Milliarden Franken gesprochen. Die in der Studie erwähnten 4 Milliarden sind Maximalvarianten. Zudem: Warum lehnen alle schweizerischen Finanzdirektoren die Initiative ab?

Wermuth: Das habe ich mich auch schon gefragt.

Rime: Die Bürgerlichen treten geschlossen auf. Bei der Linken ist dies nicht der Fall.

Wermuth: Auch der bürgerliche Kanton Zug ist in einer Untersuchung zum Schluss gekommen, dass es bei einem Ja möglicherweise Mehreinnahmen gibt. Weit über hundert kleine und mittlere Betriebe (KMU) sind unserem Komitee beigetreten.

Finden Sie es richtig, Herr Rime, dass gewisse Manager Gehälter in zweistelliger Millionenhöhe erhalten?

Rime: Nein, das halte ich nicht für richtig. Dieses Problem wurde aber mit der Minder-Initiative gelöst.

Wie gross ist in Ihrer Firma die Spannweite zwischen dem tiefsten und dem höchsten Lohn?

Rime: Etwa 1:2,5. Mein Lohn ist nicht einmal der höchste.

Es gibt also keinen Grund, sich vor der Initiative zu fürchten.

Rime: Ich habe nie vor direkten Konsequenzen für die kleinen und mittleren Betriebe gewarnt. Ich glaube auch an die Sozialpartnerschaft.

Wermuth: Ich finde es ja schön, dass die SVP die Soziallandschaft entdeckt hat. Und vor allem wünsche ich dir viel Glück, wenn du die Höchstlöhne für Topmanager mit den Gewerkschaften verhandeln willst. Denn die Höchstlöhne sind in keinen Gesamtarbeitsvertrag geregelt.

Rime: Es geht doch um etwas

ABSTIMMUNG

24. November

«Vom ursprünglichen Erfolgsmodell hat sich die Schweiz längst verabschiedet, indem sie zulässt, dass sich eine kleine Minderheit auf Kosten von vielen Arbeitnehmern bereichert.»

Cédric Wermuth (SP, AG)

ganz anderes. Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell, in dem es auch für eine gute Sozialpartnerschaft Platz hat. Der Hauptgrund dafür ist der liberale Markt. Und dagegen will die SP mit der 1:12-Initiative vorgehen. Dass Restriktionen kontraproduktiv sind, zeigt das Beispiel Frankreich. In der westlichen Welt gibt es vermutlich kein anderes Land, das die Unternehmer derart stark mit Regulierungen einschränkt. Frankreich hat aber eine hohe Arbeitslosenquote.

Herr Wermuth, die Schweiz zählt zu den reichsten Ländern der



Der Unterschied zwischen tiefen und hohen Löhnen ist stark gestiegen, argumentiert Cédric Wermuth für die Initiative. Laut

Welt. Warum wollen Sie das erfolgreiche System ändern?

Wermuth: Wir müssen erst einmal mit dem Märchen aufräumen, der liberale Arbeitsmarkt habe irgendetwas mit dem wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz zu tun. Es gibt ebenso erfolgreiche Länder mit viel stärkeren Gewerkschaften und härteren Arbeitsgesetzen wie Holland oder Norwegen. Auf der anderen Seite sind Länder mit einem völlig liberalisierten Arbeitsmarkt voll in die Krise geschlittert, wie Irland oder die USA.

Rime: Ich kenne Irland ziemlich

gut. Von jenen Ländern, welche die Krise in aller Härte getroffen hat, ist Irland das erste, das die Weichen richtig gestellt hat. Irland braucht schon bald keine Unterstützung mehr vom Internationalen Währungsfonds.

Nochmals: Warum wollen Sie das Erfolgsmodell ändern?

Wermuth: Vom ursprünglichen Erfolgsmodell hat sich die Schweiz eben gerade verabschiedet, indem sie zulässt, dass sich eine kleine Minderheit auf Kosten von vielen Arbeitnehmern bereichert. Wir wollen nichts anderes als zurück zu diesem Mo-

dell. Es geht bei dieser Initiative also um nichts anderes als darum, den Kapitalismus zu retten. Sie glauben, der Unterschied vom tiefsten zum höchsten Lohn ist gestiegen.

Wermuth: Ja. Das Argument, wir hätten seit dem Rütli-Schwur 1291 solch grosse Lohndifferenzen wie heute, ist schlicht und ergreifend falsch. In der Industrie betrug die Lohnspanne in den 80er-Jahren zwischen dem Durchschnittslohn und dem Direktor 1:6. Heute liegt sie im Durchschnitt bei 1:43. Und wenn Sie nur die wichtigsten börsenko-

So viele Strafverfahren wie nie zuvor

TIERSCHUTZ Die Zahl der Strafverfahren wegen Tierquälereien hat in der Schweiz einen neuen Höchststand erreicht. Im Kanton Bern werden solche Delikte besonders konsequent geahndet.

Im Jahr 2012 wurden 1404 Strafverfahren durchgeführt, das sind 158 mehr als im Vorjahr. Ein Rekord, der für die Stiftung Tier im Recht allerdings ein positives Zeichen ist. Es sei unwahrscheinlich, dass in der Schweiz mehr Tiere misshandelt würden, sagte Christine Künzli von der Stiftung Tier im Recht gestern in Zürich. Der Anstieg der Verfahren bedeute vielmehr, dass die Täterinnen oder Täter konsequenter verfolgt würden. In mehr als jedem zweiten angezeigten Fall war ein Hund das Opfer. Dann folgten Nutztiere, Wildtiere und Katzen.

Nach wie vor wird jedoch das Tierschutzgesetz nicht von allen Kantonen gleich konsequent angewendet. Obwohl Übertretungen und Vergehen gegen das Tierschutzgesetz als Offizialdelikte gelten und somit in jedem Fall verfolgt werden müssen, gibt

es gemäss Angaben der Stiftung immer noch zahlreiche Kantone, in denen Tierquälerei problemlos davonkommen. Negativbeispiele sind Genf, Appenzell Innerrhoden, Nidwalden, Glarus, Uri und der Kanton Wallis. «In diesen Kantonen geht gar nichts», sagte Künzli. Der strafrechtliche Tierschutzvollzug müsse in diesen Kantonen als klar unzureichend bezeichnet werden. Oft regle der Kantonstierarzt die Angelegenheit direkt mit dem Tierhalter – was natürlich kein Strafverfahren zur Folge habe.

Die Stiftung, die seit 2004 alle Tierschutz-Strafverfahren in der Schweiz auswertet, fand in den Fallzahlen 2012 aber auch positive Beispiele: Spitzenreiter ist der Kanton Bern, in dem die Spezialabteilung «Tierdelikte» der Kantonspolizei für eine konsequente Strafverfolgung sorgt.

Die Strafen für Tierquälereien sind nach Ansicht der Stiftung immer noch «erschreckend niedrig». Die meisten Strafen sind Bussen zwischen 250 und 500 Franken. Jemand, der eine Katze mit einer Bratpfanne erschlagen hatte, wurde beispielsweise mit 200 Franken bestraft. *sda*

Die Schweiz soll masernfrei werden

KAMPAGNE Bis Ende 2015 sollen die Masern aus der Schweiz verschwinden. Mit einer Informationskampagne sagen Bund und Kantone den roten Punkten den Kampf an.

Zuletzt wurde im Sommer aus der Zentralschweiz über etliche Masernausbrüche berichtet. Mit solchen Meldungen soll Schluss sein. Vertreter zahlreicher Institutionen sagten gestern den Masern den Kampf an. Ende 2015 soll die Krankheit aus Europa verschwunden sein. Diesem Ziel der Weltgesundheitsorganisation hat sich die Schweiz angeschlossen. Die Medien erhielten dazu viele Informationen und eine unmissverständliche Botschaft: «Die Schweiz ohne Masern ist eine bessere Schweiz», wie es Thomas Burgener formulierte. Er ist Präsident des Komitees für eine Schweiz ohne Masern. Zwei Millionen Franken jährlich investieren Bund und Kantone während dreier Jahre, um diese Botschaft in die Schweiz zu tragen.

95 Prozent immun

Damit die Masern keine Chance haben, müssen mindestens 95



Grossaufgebot gegen die Masern. Vertreter von Bund und Kantonen zeigten gestern ihre Strategie gegen die Krankheit auf. *Keystone*

Prozent der Kinder im Alter von 2 Jahren mit zwei Dosen geimpft sein. Erwachsene bis 50 Jahre sind ebenfalls aufgefordert, sich zu impfen, falls sie bisher keine oder nur eine Impfdosis erhalten haben. Bis Ende 2015 ist für sie die Impfung von der Versicherungsfranchise befreit, sie müssen nur den Selbstbehalt von wenigen Franken bezahlen. Personen, die 1963 oder früher geboren wurden, sind nicht betroffen, man gehe davon aus, dass sie die

Masern durchgemacht hätten und deshalb immun seien, heisst es in den Unterlagen.

Derzeit sind in der Schweiz nur 85 Prozent der Kinder gegen die Masern geimpft, die Schweiz bilde diesbezüglich das Schlusslicht

«Die Schweiz ohne Masern ist eine bessere Schweiz.»

Thomas Burgener

in Europa, wurde gestern betont. Es gebe zudem grosse Unterschiede zwischen den Kantonen.

Mit einer Impfung könne auch vermieden werden, dass die Masern in Länder exportiert würden, wo sie bereits eliminiert seien oder die medizinische Versorgung unzureichend sei. So sind die Masern etwa aus Nord- und Südamerika verschwunden. Man wolle vermeiden, dass Schweizer die Masern zum Beispiel nach Brasilien exportierten, wenn sie nächstes Jahr an die Fussballweltmeisterschaft reisten.

Nicht harmlos

Sowohl Pascal Strupler, Direktor des Bundesamts für Gesundheit, als auch Philippe Perrenoud, Vizepräsident der kantonalen Gesundheitsdirektoren, betonten jedoch, die Impfung bleibe freiwillig. Man setze nicht auf Zwang, sondern auf Überzeugung und Information. Jürg Schlup, Präsident der Ärzteverbände FMH, wies darauf hin, dass die Masern nicht harmlos seien und auch Erwachsene treffen könnten. Sie können zu Komplikationen wie Mittelohr-, Lungen- oder Hirnentzündung führen. *Brigitte Walser*